

Kampagne gegen Ausgrenzung von AsylbewerberInnen



Integration?

Asylbewerberheime grenzen aus!

Wer politische Verantwortung trägt und von Integration redet, muss sich daran messen lassen, ob er die Verhältnisse für die angesprochene Bevölkerungsgruppe so gestaltet, dass diese sich überhaupt integrieren kann. Daran gemessen scheitert die sächsische CDU/FDP-Regierung Tag für Tag aufs Neue.

In Sachsen wird die große Mehrheit der Asylsuchenden, geduldeten Flüchtlinge und Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung in zentralen so genannten Übergangwohnheimen, statt in Wohnungen untergebracht.

Was bedeutet das konkret?

Stellen Sie sich vor, Ihnen stehen **6 m² Wohnraum** zur Verfügung. Ihnen wird der Wohnort zugewiesen, Sie müssen Ihr Zimmer mit anderen fremden Personen teilen und das vielleicht seit 5 - 6 Jahren? Der Pförtner im Erdgeschoss kontrolliert jeden Besucher, Gäste müssen spätestens 22 Uhr das Heim verlassen. Kinder schämen sich Klassenkameraden in diese Unterkünfte einzuladen, deutsche Besucher bleiben aus, Nachbarn sind die Heime fremd, ihre Bewohner unbekannt. Die sanitären Einrichtungen sind marode, der Putz bröckelt und die Heizungen sind immer wieder defekt. Würden Sie so leben wollen?

In Sachsen wird die bundesweite Gesetzgebung besonders restriktiv ausgelegt. Dass es auch anders geht, zeigen Bundesländer wie Berlin, Hamburg und Niedersachsen, Städte wie Leverkusen und Cottbus, wo ein Leben in einer richtigen Wohnung für jeden, der es will, möglich ist.

Die Kampagne gegen Ausgrenzung von Asylsuchenden hat sich seit dem Erfolg des gemeinsamen Einsatzes mit anderen Initiativen für die Abschaffung von Fresspaketen das Ziel gesetzt, Wohnungsunterkünfte für Flüchtlinge in Sachsen von der Ausnahme zur Regel zu machen.

2008 wurde ein entsprechender Antrag im Landtag von den Fraktionen der CDU und der FDP geschlossen abgelehnt. Vom amtierenden sächsischen Ausländerbeauftragten gab es den Tip, doch auf Vereine zuzugehen, gesellschaftliche Unterstützung für das Anliegen zu organisieren, Lobbyarbeit zu betreiben. Dies haben wir getan. Wir haben insgesamt 60 Vereine gewonnen, einen Antrag „Wohnen statt Heime“ für den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden zu unterschreiben. Wir sind auf alle Fraktionen zugegangen, haben das Gespräch gesucht, haben Fotodokumentationen sämtlicher Dresdner Heime und Betroffeneninterviews übergeben. Wir haben zweimal Führungen gemeinsam mit Bewohnerinnen vor Ort für alle Stadträte angeboten. Wir haben den amtierenden Ausländerbeauftragten gebeten, doch Worten Taten folgen zu lassen, zumindest zwei seiner CDU-Parteifreunde zu überzeugen, sich bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme zu enthalten.

Am 30. September 2010 hat der Dresdner Stadtrat trotz der ausdrücklichen Befürwortung des Antrages durch den Ausländerbeirat mit zwei Stimmen Mehrheit diesen Antrag abgelehnt, CDU, FDP und Bürgerfraktion haben geschlossen dagegen votiert. In der Sitzung wurde eine ablehnende Stellungnahme der Landesdirektion und des Innenministeriums zitiert.

Wir haben aufgehört zu zählen, wie oft wir in offiziellen Reden in Sachsen das Wort Integration gehört haben. Taten haben wir noch nicht entdecken können. Wir werden uns auch weiterhin gemeinsam dafür einsetzen, dass Flüchtlinge in Sachsen endlich gleichberechtigt an dieser Gesellschaft teilhaben können. Auf dem Weg dahin können Sie uns unterstützen

Kampagne gegen Ausgrenzung von Asylsuchenden

www.gegen-ausgrenzung.de

Spenden an: Internationale Gärten Dresden, Bankinstitut: Ostsächsische Sparkasse Dresden, Konto-Nr.: 3200020627, BLZ: 85050300, Stichwort: "Kampagne"